

Antrag 131/I/2019**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Freiwillige Rückkehr muss freiwillig sein**

1 Auf öffentliche Werbung für die freiwillige Rückkehr soll
2 insgesamt verzichtet werden.

3

4 Daher fordern wir:

- 5 • Auf öffentliche Werbung für die freiwillige Rückkehr
6 soll insgesamt verzichtet werden. Stattdessen sol-
7 len Geflüchtete nur auf persönlicher Ebene und bei
8 Bedarf und von geschultem Personal über die An-
9 gebote des Staates zur freiwilligen Rückkehr infor-
10 miert werden.
- 11 • „StarthilfePlus“ soll abgeschafft werden und es
12 stattdessen Geflüchteten, die sich für die freiwillige
13 Rückkehr entschieden haben, freisteht, mindestens
14 1200 Euro Unterstützung (Inklusive Rückflug) zu be-
15 kommen, egal zu welchem Zeitpunkt die Entschei-
16 dung getroffen wird und egal, ob die Entscheidung
17 während oder nach dem Ende der Verarbeitung des
18 Asylverfahrens getroffen wurde.
- 19 • Die 500 Millionen Euro, die mit der Abschaffung der
20 öffentlichen Werbung gespart werden, sollen dafür
21 genutzt werden, die finanzielle Unterstützung bei
22 der freiwilligen Rückkehr deutlich zu erhöhen und
23 um in Integrationsprogramme in Deutschland zu in-
24 vestieren.
- 25 • Zudem reicht es nicht aus, Starthilfe in Form
26 von Geld zu geben, vielmehr müssen Strategi-
27 en zur selbstständigen Unternehmensgründungen
28 weitergegeben werden. Auch die Option einen Mi-
29 krokredit aufzunehmen, sobald ein eingereichtes
30 Konzept vorliegt, sollte den Rückkehrenden ermög-
31 licht werden. Denn die wirtschaftliche Unabhängig-
32 keit ist besonders in Krisengebieten von großer Be-
33 deutung.

34

35 Wir sehen die Aufgabe des Bundesministeriums des In-
36 nern, für Heimat und Bau nicht darin, fremdenfeindliche
37 Abschiebekampagnen großflächig zu bewerben und Steu-
38 ermittel dafür zu missbrauchen. Stattdessen sollte sich
39 das Bundesministerium darum bemühen einen, Inklusi-
40 onsprozess der hier lebenden Geflüchteten zu fördern. Wir
41 fordern daher die Mitglieder der SPD-Bundesfraktion so-
42 wie SPD-Minister*innen auf, das Vorgehen des Bundes-
43 ministers Horst Seehofer auf das Schärfste zu kritisieren
44 und sich dafür einzusetzen, dass jedem Menschen jeder-
45 zeit das Recht auf freie Migration zusteht und demzufolge
46 ein internationales Recht auf Migration eingeführt wird.

47

48 Die freiwillige Rückkehr ist nur sinnvoll und gerecht, wenn
49 die Entscheidung, zurückzukehren, tatsächlich freiwillig

Empfehlung der Antragskommission**Erledigt bei Annahme 132/I/2019 (Konsens)**

50 getroffen wird. Die jetzige Politik des Bundesinnenminis-
51 teriums garantiert dies nicht. Dies wurde deutlich, als das
52 Innenministerium im letzten November eine halbe Milli-
53 on Euro damit verschwendet hat, eine öffentliche Kam-
54 pagne zum Thema in Auftrag zu geben. Auf Plakaten, die
55 in fast allen Bahnhöfen in deutschen Großstädten aufge-
56 hängt wurden, konnte man in großen Buchstaben lesen:
57 „Dein Land. Deine Zukunft. JETZT!“. In den kleineren Buch-
58 staben wurde Geflüchtete, die bis Ende des Jahres im Rah-
59 men der freiwilligen Rückkehr und des neuen Programms
60 „StarthilfePlus“ ausreisen würden, ein finanzieller Bonus
61 versprochen.

62 Die Gründe, weswegen diese Kampagne komplett unan-
63 gemessen ist, sind so zahlreich, dass sie aufgelistet wer-
64 den müssen.

65

66 Was als Erstes auffällt, ist die offensichtliche Fremden-
67 feindlichkeit, die hinter so einer Aussage steckt. Was nicht
68 nur Geflüchtete, sondern alle Menschen mit Migrations-
69 hintergrund dabei verstehen sollen, ist, dass deren Land
70 nicht Deutschland ist, deren Zukunft nicht in Deutschland
71 sein wird und dass sie am besten jetzt gehen sollten. Es ist
72 unerträglich, dass gewaltige Mengen Geld aus dem Innen-
73 ministerium nicht für Investitionen in die Integration ver-
74 wendet werden, sondern dafür, Menschen die Botschaft
75 zu vermitteln, dass sie hier unerwünscht sind.

76

77 Wie kann man denn auf diese Weise einen guten Zusam-
78 menhalt in der Gesellschaft erzeugen wollen? Was für ei-
79 ne Vorstellung von Willkommenskultur hat das Innenmi-
80 nisterium? Eine Antwort auf diese Fragen wird deutlich,
81 wenn man darüber nachdenkt, warum diese Kampagne
82 überhaupt gestartet wurde. Wie Marketingexperten auch
83 in den Medien treffend analysiert haben, ergibt es über-
84 haupt keinen Sinn für das Innenministerium, Geflüchte-
85 te durch Plakate in Bahnhöfe zu erreichen, insbesondere,
86 wenn über so ein sensibles Thema informiert wird. Durch
87 das BAMF oder auch andere Kanäle, wie die Ausländerbe-
88 hörden, könnte man deutlich gezielter an diese Menschen
89 herantreten, um in einem angemessenen Rahmen über
90 freiwillige Rückkehr zu sprechen und zu beraten. Ganz of-
91 fensichtlich war es nicht Ziel dieser Kampagne, die Ziel-
92 gruppe vor Ort zu erreichen (wie das Ministerium mitteil-
93 te), sondern nur öffentlich zu zeigen, dass die Bundesre-
94 gierung etwas gegen die angeblich zu hohe Zahl von Ge-
95 flüchteten tut.

96

97 Für uns ist eine solch nationalistische und ausländerfeind-
98 liche Politik auf keinen Fall tragbar.

99

100 Die Kampagne ist aber noch aus anderen Gründen unan-
101 gemessen. Wie am Anfang schon erwähnt, ist die Idee der
102 Unterstützung bei der freiwilligen Rückkehr ist nur rich-
103 tig, wenn die Entscheidung tatsächlich freiwillig getrof-
104 fen wird und das ist nicht, was durch diese Kampagne ver-

105 mittelt wird. Wenn man bei Geflüchteten mit dem Gefühl
106 der Verantwortung für das Herkunftsland spielt und dar-
107 über hinaus für die Entscheidung noch Zeitdruck aufge-
108 baut wird, dann ist es unmöglich hier noch von einer Frei-
109 willigkeit zu sprechen. Das Innenministerium hat mehr
110 Geld angeboten, für all diejenigen, die sich bis Ende des
111 letzten Jahres entschieden haben, auszureisen, was von
112 vielen als eine Art des „Winterschlussverkauf-Angebots“
113 interpretiert wurde, also nicht, wie Schicksale von Men-
114 schen behandelt werden sollten.

115

116 Wenn die Entscheidung tatsächlich freiwillig sein soll,
117 dann dürfen es keine solche Prämien für bestimmten
118 Entscheidungen geben. Neben diesen „Sonderangebo-
119 ten“ stellt das Innenministerium ebenfalls mehr Geld für
120 Geflüchtete zur Verfügung, die sich während der Verar-
121 beitung des Asylverfahrens entscheiden, zurückzugehen,
122 und so auf eine Asylstelle verzichten. Der einzige Gedan-
123 ke, den ein*e Asylsuchende*r haben sollte, ist, ob er in sein
124 Heimatland zurück möchte oder nicht. Wie viel Geld er
125 vom Staat erhält, sollte keine Rolle spielen. Die Entschei-
126 dung ist dann nur wirklich freiwillig, wenn er oder sie si-
127 cher sein kann, dass er oder sie immer die notwendige Un-
128 terstützung haben wird, egal, wofür er oder sie sich ent-
129 scheidet.

130

131 Das Innenministerium muss sofort aufhören, die freiwil-
132 lige Rückkehr politisch zu nutzen, um somit die Zahlen
133 der Ausreise zu vergrößern und einen ausländerfeindli-
134 chen Teil der Bevölkerung zu beruhigen. Stattdessen soll
135 es sich um die Menschen kümmern, die hierher geflohen
136 sind, auf der Suche nach Sicherheit und Freiheit.